Der grüne Dämmwahn wird immer teurer!

geschrieben von Edgar Gärtner | 19. August 2012

Woher diese Feuchtigkeit stammt, lässt sich leicht erklären: Die Dämmschicht verhindert tagsüber die Aufheizung der Außenmauern durch die Sonnenstrahlen. Nachts geben die Mauern deshalb kaum Wärme nach außen ab. Die Außenhaut der Dämmung kühlt daher rasch so weit unter den Taupunkt ab, dass sich Kondenswasser darauf niederschlägt. Durch unvermeidliche feine Risse in der Außenhaut dringt die Feuchtigkeit in die Dämmung ein, kommt aber am Tage vor allem an der Nordseite des Gebäudes wegen der wasserdichten Kunststoff-Farbe kaum wieder heraus. Einmal vollgesaugt, isolieren die Dämmplatten nicht besser als ein nasser Pullover. Oft sieht man an den grünen Fassaden regelmäßig angeordnete weiße Punkte. Dort sitzen die Dübel, mit denen die Dämmplatten am Mauerwerk befestigt sind. Sie bilden Wärmebrücken, an denen der Außenputz trocken bleibt und Algen nicht gedeihen können.

Die Dübel deuten somit klar auf den Denkfehler, auf dem die Vorschriften der deutschen Energieeinsparverordnung (EnEV) von 2004 beziehungsweise 2009 beruhen. Nach dieser Verordnung müssen Immobilienbesitzer beim Fälligwerden einer routinemäßigen Fassadenrenovierung gleich das ganze Haus mit Dämmplatten versehen. Sie können sich aber nach Paragraph 25 der EnEV dieser Pflicht entziehen, wenn ihnen ein anerkannter Architekt oder Bauingenieur die Unwirtschaftlichkeit der geforderten Maßnahmen bescheinigt. Das ist für diese eine leichte Übung, zumal die *Schutzgemeinschaft für Wohnungseigentümer und Mieter* im vergangenen Jahr auf eine schriftliche Anfrage hin von den zuständigen Ministerien keine Belege für einen Einspareffekt der Fassaden-Dämmung bekam. Diese Belege gibt es nicht! Versuche, die in den 80er Jahren am Fraunhofer-Institut für Bauphysik in Valley/Oberbayern durchgeführt wurden, haben sogar ergeben, dass der Energiebedarf durch die Fassadendämmung steigt. Seither wurden keine neuen Versuche mehr angesetzt.

Während auf der Außenfassade Algen gedeihen, machen sich im Innern der vorschriftsmäßig gedämmten Wohngebäude oft Schimmelpilze breit, weil die modernen Isolierfenster mit Dichtungslippe und Dreifach-Verglasung den Luftaustausch unterbinden. Abhilfe soll dann der Einbau einer Zwangsbelüftung schaffen. Hinzu kommt nach einer Untersuchung des Instituts für Bauforschung in Hannover ein deutlich höherer Instandhaltungsaufwand für die Leichtbau-Fassaden infolge von Beschädigungen durch spielende Kinder oder Spechte, die dort gerne ihre Nisthöhlen anlegen. Das alles lässt die Kosten steigen, die von den Hauseigentümern entsprechend der EnEV auf die Mieter umgelegt werden können. Das sorgt für zusätzlichen Ärger, denn viele Mieter gelangen schnell an die Grenze ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit und müssen dann ausziehen.

Die Dämmstoffindustrie, die sich ihren Milliardenmarkt nicht kaputtmachen lassen will, musste auf die inzwischen auch vom öffentlich-rechtlichen Fernsehen aufgegriffene Kritik reagieren. Um die hässliche Grünfärbung der gedämmten Fassaden zu vermeiden, setzen sie dem Putz und den Anstrich-Farben giftige Biozide zu. Doch diese werden vom Regen ausgewaschen und gelangen in Bäche und Flüsse. Eine Alternative zur Biozid-Behandlung ist die Verwendung teurerer Mineralfarben. Solange sich die Zusatzkosten auf die Mieter umlegen lassen, mag das einige Jahre gut gehen. Viel besser wäre jedoch eine Rückbesinnung auf Jahrhunderte lange Erfahrungen des Bauhandwerks: Doppelte Ziegelmauern mit großem Wärmespeicherpotenzial, zusammengehalten mit porösem Kalkmörtel, Fenster ohne Dichtlippe und Isolierglas, Heizung mit elektrisch betriebenen flächigen Infrarot-Strahlern, sofern ein Kachelofenbetrieb nicht möglich ist.

Ein besonderes Problem stellt der Brandschutz der mit 20 bis 30 Zentimeter dicken Styropor-Platten gedämmten Fassaden dar. In Frankfurt am Main brannten Ende Mai die mit Styropor gedämmten, aber noch nicht fertig gestellten Fassaden eines zu einem Studentenwohnheim umgebauten Büro-Hochhauses lichterloh. Seither hat es im gleichen Stadtviertel, dem Nordend, weitere vergleichbare Brände gegeben. Das hat in der Main-Metropole, deren städtisches Wohnbauunternehmen ABG die „Sanierung“ ihrer Liegenschaften nach dem so genannten Passivhaus-Standard vorantreibt, zu einer heftigen Debatte über die Vertretbarkeit des vergleichsweise billigen Dämmstoffs Polystyrol (Styropor) geführt. Der Chef der städtischen Feuerwehr Reinhard Ries warnte ausdrücklich vor der Verwendung dieses Dämmstoffs. Doch Frank Junker, der Geschäftsführer der ABG-Holdung versucht abzuwiegeln. In Deutschland käme kein Baumaterial auf den Markt, dessen Entflammbarkeit zuvor nicht ausführlich getestet worden sei, erklärte er gegenüber der Presse. Alternative Materialien wie Mineralwolle oder Zellulose kämen der „gemeinnützigen“ Wohnbaugesellschaft zu teuer. Die Debatte ist noch in vollem Gange, zumal nun auch die SPD, die Partei des amtierenden Oberbürgermeisters, eine kritische Überprüfung der Eignung von Polystyrol als Dämmstoff verlangt.

Edgar Gärtner EIKE